

# Der Arzt und Bundestagsabgeordnete Dr. Erwin Lotter (FDP) an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr

mit einem **offenen Brief** zu Aussagen der [A.T. Kearney-Studie](#)

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Herr Kollege Bahr,

die Mühlen im politischen Diskurs mahlen zumeist recht langsam. Das gilt teilweise auch für die gesundheitspolitische Debatte. Nicht nur widerstreitende Auffassungen zwischen den Parteien, die sich zumeist nicht einmal über die Diagnose einig werden können – wie dann über die notwendige Therapie – verzögern bis verhindern überfällige Reformen. Auch die nicht selten kollidierenden Interessen der Akteure des Gesundheitswesens bzw. ihrer Repräsentanten im Berliner Lobbybetrieb tragen zuweilen eher zur Verstetigung als zur Lösung bestehender Probleme bei. Auf der anderen – der damit für uns Liberale in Regierungs- und Gestaltungsverantwortung positiven – Seite gilt damit aber auch, dass schon kleine Schritte in die richtige Richtung eine signifikante Annäherung an als richtig erkannte Ziele bedeuten.



In diesem Sinne frage ich mich und damit auch Sie, lieber Herr Bahr, ob die bayerische Initiative einer gemeinsamen Meldestelle von KVB und Gesundheitsministerium auch als Anregung für die Bundesebene dienen könne, um dem Kampf gegen den Bürokratiewahn im Gesundheitssektor eine neue Dynamik zu verleihen? Ohne ein solches, begrüßenswertes Projekt relativieren zu wollen, formuliere ich gleichwohl die Bitte, den mit einer solchen Institution mutmaßlich verbundenen Belastungen für Dritte (insbesondere Ärztinnen und Ärzte) sowie Einflussnahmen durch Dritte (z.B. Kassen) die gebotene Aufmerksamkeit zu schenken. Wer wird denn die Informationen an die Meldestelle adressieren?

**Einerseits:** Hauptamtliche Mitarbeiter in den überdimensionierten Verwaltungen diverser Einrichtungen des Gesundheitssektors; von den Krankenhäusern, den kassenärztlichen Vereinigungen bis hin zu den Krankenkassen. Ganz abgesehen von den bezahlten Mitarbeiterstäben bei den Verbänden und in der Pharmaindustrie. Es steht zu vermuten, dass schon aus Gründen der Eigenlegitimation die Beiträge dieses Sektors jedenfalls nicht uneingeschränkt auf den Abbau kostenintensiver Strukturen zielen.

**Andererseits:** Die Ärzte, die bereits heute „neben“ der medizinischen Betreuung der Patienten abends und am Wochenende den Berichts- und Dokumentationspflichten nachkommen müssen, die ihnen regelmäßig im unheilvollen Zusammenwirken der vorstehenden Gruppe auferlegt werden.

Sollte der Weg zu weniger Bürokratie aber nolens volens nur über zunächst mehr Bürokratie führen, wäre dringend über eine sachgerechte Kompensation für die Mediziner nachzudenken, die neben dem Dienst an den ihnen anvertrauten und den ihnen vertrauenden Menschen diese Mehrbelastung schultern müssen. Ein Ausgleich gegebenenfalls auch in Euro und Cent!

Denn die betriebswirtschaftliche Internalisierung der – medizinisch gesehen – externen Kosten dürfte nebenbei eine regelrechte Katalysatorwirkung auf die haben,

die den praktizierenden Ärzten die Kosten unnötiger Bürokratie eigentlich schon längst erstatten müssten. Die **Praxisgebühr** ist hierfür Mahnung und Warnung zugleich. Sicher keine schöne Perspektive aus Sicht der Verwaltungen, die nach einer, wenn auch nicht gänzlich unumstrittenen [Studie der Unternehmensberatung A.T. Kearney](#), heute mit 25 Prozent an den Kassenbeiträgen partizipieren – während die Versicherten mit steigenden Beiträgen bei oftmals gleichzeitig erfolgten Leistungskürzungen zu kämpfen haben. Ein Skandal! Ihrem Engagement, sehr geehrter Herr Minister, daher viel Erfolg. Die Unterstützung der Vereinigung liberaler Ärzte (VLÄ) ist Ihnen sicher!

Ich freue mich auf den weiterhin konstruktiven, vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch mal kritischen Diskurs, stets aber getragen von dem gemeinsamen Ziel der Zukunftsfähigkeit eines leistungsstarken Gesundheitssystems im Dienste der Menschen.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Dr. Erwin Lotter